

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Do/HaFA (Stadt)

18. Sitzung

10.06.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

18. Sitzung

am 10. Juni 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Bürgermeisterin Linnert)	
Herr Meyer)	
Herr Fehren)	
Frau Witt)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Kreitz)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Sommer)	
Frau Bleiker)	
Herr Schneider)	
Herr Dr. Schwieger)	
Herr Hörgens)	
Frau Sokol)	vom Rechnungshof
Frau Otten)	
Frau Holsten		von der Senatskanzlei
Herr Kahn)	
Herr Wienstroer)	von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Herr Runge)	vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Frau Baute)	
Frau Wolff		vom Senator für Justiz und Verfassung
Frau Lübben)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Radtke		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Flottan		von der Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.39 Uhr.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzverwaltung den Tagesordnungspunkt III. 2.5 - Anmietung von drei Objekten zur Unterbringung von Flüchtlingen, zurückgezogen hat.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 14. Sitzung vom 20. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU dazu: Entwurf eines Berichts an die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig, den Bericht an die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) und bittet den Ausschussreferenten, das Notwendige zu veranlassen.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 20. Mai 2016 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesord-

nungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

3. Sonstiges

- keine Vorlagen -

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. (Controlling-) Berichte

2.1 **Kosten der intensivpädagogischen Einrichtung Kannenberg hier: **Berichtsbitte Nr. 64 der Auftragsliste** - Vorlage 19/191 S -**

Herr Wienstroer führt aus, die Deputation für Soziales, Jungen, Frauen, Integration und Sport habe diese Vorlage in ihrer Sitzung am 9. Juni 2016 ausführlich beraten und zur Kenntnis genommen.

Der Haushalt und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht für die Kosten der intensivpädagogischen Einrichtung Kannenberg zur Kenntnis und sieht die **Berichtsbitte Nr. 64 der Auftragsliste** als erledigt an.

2.2 **Bericht zur Entwicklung und Umsetzung der Organisationsstrategie, insbesondere zu den Punkten Einrichtung eines Projektleitungspools und Konzept zu organisationspolitischen Leitlinien hier: **Berichtsbitte Nr. 24 und 27 der Auftragsliste** (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/192 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zu Kenntnis und folgt der Bitte, ihm einen umfassenden Sachstandsbericht Anfang 2017 vorzulegen.

**2.3 Bundesförderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“
hier: Bewerbung der Stadtgemeinde Bremen mit dem Westbad
- Vorlage 19/193 S -**

Der Haushalt und Finanzausschuss (Stadt) nimmt Kenntnis von der erneuten Fördermittelbewerbung der Stadtgemeinde Bremen mit dem Westbad im Rahmen des Investitionsprogramms des Bundes „Nationale Projekte des Städtebaus“.

**2.4 Bericht zur Folgenutzung des Alten Hafenspeichers Vegesack/Spicarium
hier: Berichtsbitte Nr. 3 der Auftragsliste
- Vorlage 19/194 S -**

Der Haushalt und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis und sieht die laufende Nr. 3 der Auftragsliste als erledigt an.

**2.5 Anmietung von drei Objekten zur Unterbringung von Flüchtlingen
- Vorlage 19/205 S -**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

**3.1 Teilersatzneubau am Klinikum Bremen Mitte – TEN
- Vorlage 19/195 S -**

Der Haushalt und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein – zur Weiteren Klärung der Fragestellung, wann ein aktualisierter Bauzeitenplan vorgelegt wird - die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung auszusetzen und im Rahmen der Sondersitzung am 16. Juni 2016 erneut aufzurufen. Das Ressort wird gebeten zu diesem Termin die Anwesenheit des Staatsrates und des Geschäftsführers Infrastruktur und Technologien der GeNo sicherzustellen, damit diese umfassend zum aktuellen Sachstand, insbesondere auch weiteren Bauablaufstörungen, berichten können.

**3.2 Berichterstattung über den weiteren Fortgang des Sanierungsprozesses der GeNo inklusive der Darstellung der umgesetzten Sanierungsschritte
- Vorlage 19/196 S -**

Auf Nachfrage des Abg. Rupp erklärt Frau Dr. Staber, dass auch seitens des Ressorts bzw. der GeNo geprüft wurde, ob die hohe Quote an behandlungsintensiven Psychiatriebetten ein Grund für die vergleichsweise hohen Fallkosten seien. Ein Bundesvergleich zeige jedoch, dass die von der GeNo vorgehaltenen Psychiatriebetten mit 17 % genau im Bundesdurchschnitt liegen.

Der Haushalt und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht über den weiteren Fortgang des Sanierungsprozesses der GeNo inklusive der Darstellung der umgesetzten Sanierungsschritte zur Kenntnis.

4. Vollzug der Haushalte gem. Art. 132a Landesverfassung

**4.1 Verfahrensstand und finanzielle Auswirkungen der Rückerstattung der Beiträge für Kindergärten und Horte im Kalenderjahr 2016
- Vorlage 19/197 S -**

Abg. Fecker bittet zur Augustsitzung des Ausschusses um einen Bericht über den Verfahrensstand bei der neuen Beitragsordnung.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) schließt sich der Berichtsbitte des Abg. Fecker an und nimmt die Mehrbedarfe in Höhe von 1,242 Millionen € zur Kenntnis und ermächtigt die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die Beitragsrückerstattungen fortzuführen.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatoren für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf Basis des Controllings des Haushaltsvollzuges eine Deckung für den Mehrbedarf in Höhe von 1,242 Millionen € aufzuzeigen und einen Abschlussbericht nach Beendigung des Verfahrens vorzulegen.

**4.2 68.01.02 öffentliche Verkehrswege – Finanzhilfen
hier: Zustimmung zum Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von 768.000 € sowie einer Mittelinanspruchnahme in Höhe von 904.000 € bei Hst. 3687/884 11-5 – Investive Globalmittel an das Sondervermögen
- Vorlage 19/198 L -**

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der

Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP dem Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von 768.000 € zulasten des Haushaltsjahres 2017 sowie einer Mittelinanspruchnahme in Höhe von 904.000 € bei Hst. 3687/884 11-5, investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (BgA), zu.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Einführung von Jahresgesprächen in der bremischen Verwaltung (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/199 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 5.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Einführung von Jahresgesprächen in der bremischen Verwaltung zur Kenntnis und bittet Ende 2017 über die ersten Erfahrungen bzw. Ergebnisse der Einführung von Jahresgesprächen zu berichten.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

7. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

- keine Vorlagen -

(Schluss der öffentlichen Sitzung 15.56 Uhr)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender